



---

## **Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

24. Sitzung (nicht öffentlich)

2. September 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.45 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenograph: Wolfgang Theberath

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Preußenpark Münster**

1

Bericht der Landesregierung

Dem Bericht von Staatssekretär Bickenbach (MWMTV) schließt sich eine Diskussion an.

**2 Beteiligungskapitalfonds**

8

Bericht der Landesregierung

Dem Bericht der Landesregierung schließen sich Fragen der Abgeordneten an. Der Ausschuß kommt überein, sich mit diesem Thema in einer seiner nächsten Sitzungen erneut zu befassen.

- 3      **Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes (Berufskolleggesetz)**      21  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/1998

Der Wirtschaftsausschuß kommt überein, sich mit dem Gesetzentwurf Drucksache 12/1998 in seiner Sitzung am 8. Oktober noch einmal zu beschäftigen.

- 4      **Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in Scientology mit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen - keine Aufträge an Scientology-geprägte Unternehmen**      24  
Antrag der CDU-Fraktion  
Drucksache 12/2012

Der mitberatende Wirtschaftsausschuß empfiehlt dem federführenden Hauptausschuß ohne Aussprache mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN die Ablehnung des Antrags der CDU Drucksache 12/2012.

- 5      **Gesetz zur Stärkung der wirtschaftlichen Betätigung von Gemeinden und Gemeindeverbänden im Bereich der Telekommunikationsleistungen**      25  
Gesetzentwurf der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 12/2113

Der Ausschuß verständigt sich einstimmig darauf, den Gesetzentwurf Drucksache 12/2113 in seiner nächsten Sitzung am 8. Oktober abschließend zu beraten.

- 6 Landesförderung auch für Teilzeitgründungen 26  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/2157

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, nach Erhalt der von Staatssekretär Bickenbach (MWMTV) zugesagten Antwort - siehe Seite 29 des Diskussionsprotokolls - den Antrag in seiner nächsten Sitzung am 8. Oktober abschließend zu behandeln.

- 7 Bedeutung der NRW-Bergbautechnik für den Export des Landes 29  
Nordrhein-Westfalen  
Vorlage 12/1227

Die Antwort des Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr auf die hierzu von den GRÜNEN gestellten Fragen soll allen Ausschußmitgliedern in **Schriftform** zugeleitet werden.

- 8 Ergebnisse der China-Reise von Minister Clement 29

Der Ausschuß verständigt sich einvernehmlich auf eine **schriftliche** Berichterstattung durch den Minister.

Nächste Sitzung: 8. Oktober 1997

\*\*\*\*\*



daß der Wirtschaftsausschuß sein Votum spätestens in seiner Sitzung am 8. Oktober abgeben müsse. - Auf Vorschlag von **Bodo Hombach (SPD)** kommt der Ausschuß überein, heute ohne Aussprache über den Antrag abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis siehe Beschlußprotokoll.**

**5 Gesetz zur Stärkung der wirtschaftlichen Betätigung von Gemeinden und Gemeindeverbänden im Bereich der Telekommunikationsleistungen**

Gesetzentwurf der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 12/2113

**Vorsitzende Hannelore Brüning** teilt mit, zu diesem am 26.06.1997 vom Plenum an den Ausschuß für Kommunalpolitik - federführend - und an den Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung überwiesenen Antrag sei vom federführenden Ausschuß noch keine Frist angegeben worden. Sie bittet die Fraktionen um Verfahrensvorschläge.

**Laurenz Meyer (CDU)** plädiert dafür, heute nur eine erste Lesung durchzuführen. Das Thema erfordere eine umfängliche Diskussion auch innerhalb der Fraktionen, was wegen der parlamentarischen Sommerpause noch nicht möglich gewesen sei. Im zuständigen Arbeitskreis seiner Fraktion sei sogar angeregt worden, sich über neuere Entwicklungen auf diesem Sektor auch mit Fachleuten zu unterhalten und zu erkunden, welche Folgen es hätte, wenn man entsprechend dem Gesetzentwurf verfahren oder ihn ablehnen würde.

**Bodo Hombach (SPD)** schlägt daraufhin vor, die Diskussion über diesen Gesetzentwurf in der nächsten Sitzung zu führen.

**Vorsitzende Hannelore Brüning** stellt Einvernehmen aller drei Fraktionen darüber fest, daß der Gesetzentwurf in der Sitzung am 8. Oktober abschließend beraten werden solle.